

Jan Rathje

**Reichsbürger, Selbstverwalter
und Souveränisten**

Vom Wahn des bedrohten Deutschen

unrast transparent

rechter rand



Praxis

Während die organisierte extreme Rechte innerhalb des Milieus seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland legale und illegale Strategien zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches und zur Bekämpfung der vermeintlichen Verschwörer nutzen, fallen die Gruppen der ›Reichsbürger‹ und ›Selbstverwalter‹ durch weitere, ihnen eigene Handlungen auf. Diese Handlungen bilden ein Spiegelbild staatlichen Handelns ab. So stehen etwa staatliche Schreiben aus dem Milieu denen aus der bundesrepublikanischen Verwaltung im sprachlichen Ausdruck in nichts nach (›Beamtendeutsch‹). Allgemein kann also davon ausgegangen werden, dass die Grundannahme, einen souveränen Staat zu führen oder ein souveräner Mensch zu sein, dazu führt, in letzter Instanz alle staatlichen – aus Perspektive der Bundesrepublik: pseudostaatlichen – Handlungsfelder abzudecken. Der Unterschied besteht darin, dass staatliche Handlungen aus dem Milieu, so sehr sie auch ihren Vorbildern gleichen mögen, letztlich am realen Gewaltmonopol der Bundesrepublik Deutschland scheitern (vgl. Hellbrück 2017). Gemäß der Drei-Elemente-Lehre von Georg Jellinek, die innerhalb des Milieus breit rezipiert wird, bedarf ein Staat eines Staatsgebietes, eines Staatsvolkes und einer *Staatsgewalt*. Die ersten beiden Bedingungen sind leichter zu erfüllen, wenn lediglich eine Selbstverwaltung oder individuelle Souveränität angestrebt wird: Das eigene Grundstück und die eigene Person mögen dafür ausreichend sein. Die Bedingung der Staatsgewalt bleibt jedoch unerfüllt, was besonders dann deutlich wird, wenn aus der eigenen Perspektive ein anderer Staat (BRD), eine Firma (BRD GmbH) oder ein Besatzungskonstrukt (OMF-BRD)⁴ die eigene Souverä-

4»Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, sondern ein Reichsvernichtungsregime, das Carlo Schmid zutreffend als ›Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft‹ (OMF) charakterisiert hat [...]. Alle Institutionen der OMF-BRD [...] sind Institutionen der Fremdherrschaft. Um das Deutsche Volk zu täuschen, segeln sie unter falscher Flagge.« Mahler, Horst (2004): *Das Ende der moralischen Geschichtsbetrachtung führt zur Antwort auf die Judenfrage. Einlassung zur Anklage wegen Volksverhetzung vor der 22. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin (522) 81 Js 3570/KLs (1/03)*. Kleinmachnow, S. 5.

nität infrage stellt. Damit bleibt das Handeln des Milieus pseudo-staatlich, da die eigenen Entscheidungen zwar frei getroffen, nicht jedoch mit Gewalt durchgesetzt werden können.

Zahlungsverweigerung und Schriftverkehr

Innerhalb des Submilieus der ›Reichsbürger‹ und ›Selbstverwalter‹ spielt das Internet eine große Rolle. Es dient nicht nur der nach innen und außen gerichteten Kommunikation und Propaganda, sondern auch als alternative Informationsquelle zur ›Lügenpresse‹. Das Internet ist ein integraler Bestandteil der ideologiegeleiteten Praxis. Pseudostaatliches Handeln aus dem Milieu findet im Virtuellen einen Raum für Verwaltungsinstanzen, den zu erlangen im Analogen nicht immer problemlos möglich ist. Die Kommunikation erfolgt in eigenen Diskussionsforen, auf Webseiten und über Soziale Medien, wie Facebook oder das russische vk.com. Neben den Beschreibungen der Zuständigkeiten von Personen für ›Ministerien‹ und Ähnliches, finden sich auf den Seiten immer auch Informationen, warum die Bundesrepublik Deutschland angeblich nicht existiert. Als Multifunktionsplattformen bieten Webseiten auch den Zugang zu den nachfolgend beschriebenen, profitablen Angeboten.

Das Submilieu schuf, wie andere Milieus auch, einen Markt für eigene Waren und Dienstleistungen. Dazu gehören neben pseudostaatlichen Dokumenten (Ausweise, Führerscheine) und Währungen auch einfache Merchandise-Artikel wie Fahnen, Aufkleber usw.

Neben diesen marktwirtschaftlichen Aktivitäten unterhalten ›Reichsbürger‹ und ›Selbstverwalter‹ seit Jahren einen wachsenden Schriftverkehr mit staatlichen Stellen, da ihre Hauptkonfliktlinie zwischen ihnen, ihrem Reich, Scheinstaat und/oder ihrer Selbstverwaltung und der Bundesrepublik Deutschland verläuft. Zumeist geht es um die Verweigerung von Zahlungen, seien es Abgaben, Steuern, Buß- oder Ordnungsgelder. Denn, wenn die Bundesrepublik nicht existiert, kein Staat oder eine Firma ist, dann müssen auch keine Steuern oder Abgaben entrichtet werden und darf die BRD auch keine Ansprüche gegen ›Reichsbürger‹,

›Selbstverwalter‹ oder ›Freie Menschen‹ geltend machen oder Gewalt über sie ausüben.

Steuern oder Ordnungsgelder nicht zu zahlen, schien sich innerhalb des Milieus zunächst auszuzahlen. So konnte es vorkommen, dass bestimmte Fristen nicht eingehalten wurden oder dass Verfahren seitens des Staates eingestellt wurden, weil der Anlass nichtig erschien. Dies wurde innerhalb des Milieus als Beweis für die Wahrheit der eigenen ›Argumente‹ gewertet und im Internet propagandistisch genutzt.

Seit Jahren ist es neben der Verweigerung von Zahlungen und Abgaben gängige Praxis Todesdrohungen und Todesurteile gegen Mitarbeitende staatlicher Stellen, Kritiker*innen, andere (Spaltungs-)Gruppen sowie andere vermeintliche Feind*innen zu verschicken. Aus den Kreisen von Reichsregierungen sind für diese Vorgänge zumeist sogenannte ›Volksgerichtshöfe‹ oder ›Reichsgerichtspräsidenten‹ zuständig. Der Vorwurf gegen Beamt*innen sowie Angestellte ist zumeist ›Hochverrat‹, da sie einer volksfremden Institution dienen und nicht den Anweisungen des ›echten‹ Staates folgen würden.

Radikalisierung

Neben diesen Tätigkeiten drängt es Menschen aus dem Milieu aufgrund ihres Anspruchs auf Souveränität zunehmend zur direkten Gewaltausübung. Indiz hierfür ist die steigende Anzahl von Waffen- und Sprengstofffunden durch die Polizei. Auch scheinen einige ›Reichsbürger‹ und ›Selbstverwalter‹ der offenen Gewalt nicht mehr abgeneigt.

Den Schritt vom Wort zur Tat vollzog öffentlichkeitswirksam das *Deutsche Polizei Hilfswerk* (DPHW). Die Gruppierung wurde unter anderem von Volker Schöne gegründet, der zeitweilig bei der deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen e.V. gearbeitet hatte. Auf deren Webseite verbreitete er kurzzeitig Ende September 2011 ›Argumente‹ aus dem Milieu. Als Pressesprecher der Organisation fungierte Holger Fröhner, Autor von *Die Jahrhundertlüge*, innerhalb des Milieus ein Bestseller. Sinn und Zweck des DPHW sollte es vorgeblich sein, die deutsche Polizei zu unterstützen. In

welcher Weise dies gemeint war, zeigte die Gruppe am 23. November 2012. Als ein Gerichtsvollzieher eine Zwangsvollstreckung im sächsischen Bärwalde durchführen wollte, wurde er von einem Dutzend Menschen in DPHW-Uniformen >festgenommen<, da er sich ihrer Ideologie zufolge nicht ordentlich ausweisen konnte. Erst die angerückte Polizei war in der Lage, ihn schließlich zu befreien. Diese Aktion sorgte innerhalb des Milieus für Eindruck. Im DPHW sahen >Reichsbürger< und >Selbstverwalter< eine wirksame Exekutive für ihre Staatsprojekte. Die Gruppe ging in mehreren Bundesländern auf Werbetour, bis es jedoch im Februar und Juli 2013 zu Hausdurchsuchungen bei DPHW-Mitgliedern in Sachsen und Brandenburg durch die Polizei kam. Grund der Ermittlungen war der Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Bei den Hausdurchsuchungen wurden Uniformen und Schusswaffen sichergestellt. Nach Angaben des DPHW waren die Waffen legal im Besitz zweier Mitglieder, da es sich bei ihnen um Sportschützen handele. Letztlich wurden die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung eingestellt, jedoch etliche Mitglieder für die Aktion in Bärwalde zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und 30 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Einzelpersonen des Milieus eskalierte erneut im August 2016 im sachsenanhaltinischen Reuden. Dem Oberhaupt des >Staates Ur<, Adrian Ursache, drohte zu diesem Zeitpunkt eine Zwangsräumung wegen ausstehender Zahlungen. Bereits im Vorfeld hatte er den Gerichtsvollzieher in Videos bedroht, die er auf YouTube online stellte. Außerdem mobilisierte er Unterstützer*innen zum Räumungstermin, die ihm helfend zur Seite standen. Ein sehr großes Polizeiaufgebot führte schließlich die Zwangsvollstreckung gegen Ursache durch, wobei es zu einem Schusswechsel zwischen SEK-Einsatzkräften und Ursache kam, da letzterer die Souveränität seines >Staates Ur< gefährdet sah. Ursache selbst wurde in diesem Zusammenhang schwer verletzt. Einem Teil des Milieus gilt er seither als Widerstandskämpfer.

Den Höhepunkt bisheriger Gewaltanwendung bilden die Ereignisse Ende Oktober desselben Jahres. Wolfgang Plan, der eine

Lebenderklärung abgegeben hatte und sein Grundstück als nicht zur Bundesrepublik gehörig ansah, erschoss einen Beamten des bayrischen SEK beim Versuch, ihm ebendiese Waffen abzunehmen. Zuvor war ihm aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Milieu die Erlaubnis abgesprochen worden, Waffen zu besitzen. Zwischen den Fällen in Sachsen-Anhalt und Bayern bestand nicht nur auf der ideologischen Ebene ein Zusammenhang. Nach Angaben der *Mitteldeutschen Zeitung* hatte sich Wolfgang Plan acht Wochen zuvor an der Unterstützungsaktion für Adrian Ursache in Reuden beteiligt (vgl. Gerbank 2016).

Auf terroristische Gewaltakte zielte eine Gruppierung aus dem Milieu ab, gegen welche die Bundesstaatsanwaltschaft am 25. Januar 2017 Hausdurchsuchungen in sechs Bundesländern veranlasste. Sie sind Teil eines zum Zeitpunkt der Drucklegung noch offenen Ermittlungsverfahrens wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung gegen Karl Burghard B., besser bekannt als Druide ›Burgos von Buchonia‹, und sechs weitere Personen. Die Gruppe soll Anschläge auf Jüdinnen und Juden, Polizist*innen wie auch auf Asylsuchende geplant haben. Bei den Durchsuchungen wurden Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt. B. war bereits seit Jahren durch seine antisemitischen und rassistischen Gewaltaufrufe in sozialen Netzwerken aufgefallen. Er beteiligte sich an verschiedenen extrem rechten und rechtspopulistischen Veranstaltungen, wie Pegida Frankfurt und den Querfrontprotesten gegen das Treffen der Bilderberg Gruppe im Juni 2016 in Dresden. Dort verbreitete er nicht nur in Reden antisemitische Weltverschwörungsmythen, sondern stellte auch Material der antisemitischen, revisionistischen und reichideologischen *Europäischen Aktion* an seinem Stand zur Verfügung (vgl. Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. 2016). Karl Burghard B. ordnet sich somit den organisierten extrem rechten ›Reichsbürgern‹ in der Tradition des Deutschen Kollegs und Horst Mahlers (siehe Abschnitt *Deutsches Kolleg und ›Reichsbürgerbewegung‹*) zu. Die Europäische Aktion gilt als Nachfolgeorganisation des *Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten* (VRBHV). Ein weiteres Indiz für seine Verbundenheit mit dem Umfeld Mahlers ist B.s Anwe-

senheit bei einem Gerichtsprozess Ende 2015 in Hamburg gegen die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck, die im Vorstand des VRBHV aktiv war.



Wie diese Ereignisse verdeutlichen, führen nicht nur die Wechselwirkungen zwischen Staat und ›Reichsbürgern‹ oder ›Selbstverwaltern‹ inzwischen zum Einsatz von Waffengewalt. Aus dem Souveränitätskonflikt zwischen der BRD und Konstruktionen aus dem Milieu (Deutsches Reich, eigener Staat, souveräne Bürgerschaft) resultiert letztlich eine praktisch zu beantwortende Frage nach dem Gewaltmonopol. Souveränität muss mit Gewalt verdeutlicht werden, sei es durch das Sondereinsatzkommando der Polizei (BRD), das Festsetzen von Gerichtsvollziehenden (DPHW) oder den Schusswaffengebrauch (Ursache, Plan) (vgl. Hellbrück 2017).

Innerhalb des organisierten extrem rechten Teils scheint sich um Karl Burghard B. nun auch eine Gruppe soweit radikalisiert zu haben, dass sie zu terroristischen Taten schreiten wollte. Spätestens seit dem Polizistenmord in Bayern wird inzwischen vonseiten der Bundesrepublik das Milieu stärker unter die Lupe und vor allem ernst genommen. Die ständig steigende Anzahl von Personen, die laut Angaben des Bundesinnenministeriums dem Milieu zuzuordnen seien, zeugen davon, dass hier über Jahre hinweg eine gefährliche Gruppe ignoriert wurde – obwohl sogar einige Landesämter für Verfassungsschutz seit 2012 zunehmend auf das Problem hinwiesen.

Treibende Kraft war in allen Fällen eine antisemitische Ausdrucksideologie der ›Weltverschwörung gegen die Deutschen‹, die als regressive Krisenbewältigungsstrategie ihre Anhängenden zur identitätsstiftenden Tat gegen vermeintliche Verschwörerinnen und Verschwörer animiert (siehe Abschnitte *Verschwörungsideologie* und *›Weltverschwörung gegen die Deutschen‹*). Karl Burghard B. äußerte sich in klassischer extrem rechter Manier offen antisemitisch. Wolfgang Plan und Adrian Ursache teilten antisemitische Codes. Letzterer inspirierte die Gründung einer gegen die ›Neue Weltordnung‹ gerichteten Webseite, Plan teilte Videos, in denen

die jüdische Bankiersfamilie Rothschild der Weltverschwörung bezichtigt wird. Diese Einstellungen und ideologischen Grundlagen des Milieus sollen nachfolgend aufgezeigt werden.